



## **Bericht und Beschlussempfehlung**

### **des Wirtschaftsausschusses**

#### **Verkehrswegebeschleunigungsgesetz**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3739

Der Wirtschaftsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 22. Januar 2016 überwiesenen Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3739, in mehreren Sitzungen, zuletzt in seiner Sitzung am 13. April 2016, befasst.

Er empfiehlt dem Landtag den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der PIRATEN in der folgenden, geänderten Fassung zur Annahme:

Der Landtag wolle beschließen:

„Der Landtag nimmt die Vorschläge der Kommission ‚Bau und Unterhaltung des Verkehrsnetzes‘ zur Optimierung der Auftragsverwaltung, die von der Sonder-Verkehrsministerkonferenz am 23. Februar 2016 in Berlin beschlossen wurden, zur Kenntnis. Der Landtag bittet daher die Landesregierung, sich insbesondere für die Umsetzung folgender Vorschläge auf Bundesebene einzusetzen:

1. Die Sicherung der politisch und fachlich institutionalisierten Mitwirkung der Länder bei der Aufstellung und Beschlussfassung der Bedarfs- und Ausbaupläne für die Bundesfernstraßen und Priorisierung der Maßnahmen sowie eine enge fachliche Abstimmung der Ziele und Handlungsstrategien für Sonderaufgaben wie Sanierung und Ertüchtigung von Bauwerken zwischen Bund und Ländern.

2. Die Finanzierung des Verkehrsnetzes muss überjährlig, auskömmlich, nachhaltig und zugriffssicher am Lebenszyklus der Maßnahme orientiert sein. Eine passgenaue Finanzierungsstruktur und zweckgebundene Mittelausstattung muss geschaffen werden.
3. Die Aufgaben sollen priorisiert sowie die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung synchronisiert werden.
4. Schaffung von Anreizmechanismen (Bonus-Malus-System) für Erhaltung, Betrieb, Aus- und Neubau sowie konsequente Anwendung und Weiterentwicklung vorhandener Richtlinien und Regelwerke.
5. Die Maßnahmen zur Personalgewinnung und Stärkung der von den Ländervereinigungen der Straßen- und Verkehrsingenieure (VSVI) aufgebauten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sind fortzuführen.
6. Alle Maßnahmen müssen darauf ausgelegt werden, Transaktionskosten gering zu halten, neue Schnittstellen, Doppelstrukturen und Zeitverluste zu vermeiden.

Die Landesregierung wird gebeten, sich darüber hinaus weiterhin aktiv für alle Lösungsmöglichkeiten einzusetzen, die dazu dienen, die Organisation und Finanzierung der Bundesfernstraßen nachhaltig zu gestalten.“

Christopher Vogt  
Vorsitzender